

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Tagesordnungspunkt Klimaschutz liegen dem Kreistag mehrere Anträge vor, die zur Beratung anstehen und die meiner Auffassung nach inhaltlich auch nur wenig auseinander sind.

Wir sind uns alle einig, dass dem Thema Klimaschutz noch mehr Aufmerksamkeit entgegengebracht werden muss als wir es schon in der Vergangenheit getan haben.

Wir brauchen unsere Bemühungen aus der Vergangenheit diesbezüglich aber auch nicht unter dem Scheffel stellen. Wir haben in den letzten Jahren das Thema Klimaschutz hier im Kreistag auch schon gespielt. Ich erinnere nur an die energetische Sanierung der kreiseigenen Gebäude, für die wir richtig Geld in die Hand genommen haben, um hier deutliche Verbesserungen der CO₂-Bilanz zu erzielen.

Dennoch müssen wir in der Sache weiter vorankommen. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist es aber wichtig, dem ganzen mit Augenmaß zu begegnen und weiterhin Lösungen herbeizuführen, die die Belange aller Akteure im Kreis Unna in ein vertretbares und angemessenes Verhältnis setzen.

Die FDP-Fraktion lehnt deshalb den Antrag der SPD ab, im Kreis Unna mit einem rein symbolischen Akt den Klimanotstand auszurufen, da dies unter Umständen schwerwiegende Folgen haben kann.

Nein, meine Damen und Herren, hier im Kreis Unna gibt es keinen Klimanotstand!

Es gibt hier im Kreis Unna keine Lage, die auch nur im weitesten Sinne die Begrifflichkeit des Notstandes rechtfertigt.

Der Notstand ist als politischer Begriff in Deutschland insbesondere mit den Notstandsgesetzen verbunden, durch die die Regierung in unvorhergesehenen, bedrohlichen Ausnahmesituationen besondere Machtbefugnisse erhält. So werden z. B. demokratische Entscheidungsprozesse übergangen und die Grund- und Freiheitsrechte von Bürgern können eingeschränkt werden.

Das macht die FDP als Partei, die sich die Grund- und Freiheitsrechte auf die Fahne geschrieben hat nicht mit.

Und die Aussage der SPD, der Klimanotstand sei ja kein Notstand im Sinne der Gesetze können wir Liberalen nicht gelten lassen.

Etwas Falsches wird ja nicht dadurch richtig, dass man es nur oft genug und vor allem lautstark wiederholt.

Bei dem Antrag der SPD, den Klimanotstand auszurufen, handelt es sich um einen rein populistischen Antrag, der bewusst kurz vor der Europawahl veröffentlicht wurde, in der Hoffnung, dass die im Umfragetief liegenden Genossen noch vom allgemeinen Klimahype profitieren und den Grünen noch ein paar Stimmen abjagen könnten.

Inhaltlich sagt der Antrag nichts aus und über die Konsequenzen für unser politisches Handeln im Kreistag ebenfalls nicht.

Was passiert denn, wenn der Klimanotstand ausgerufen wird?

Im Klimanotstand sollte das politische Handeln möglichst vollständig auf den Klimaschutz ausgerichtet sein. Auf jeden Fall gilt: Im Zweifel für den Klimaschutz. Angesichts knapper Mittel kann dies aber sehr schnell dazu führen, dass soziale Projekte, Bildung oder Infrastruktur nicht mehr ausreichend finanziert werden können. Auch die örtliche Wirtschaft mit all ihrer Wertschöpfung und den Arbeitsplätzen kann bei Interessenkonflikten schnell das Nachsehen haben.

Die kommunalen Parlamente schränken sich in ihrer freien Entscheidung sehr stark ein.

Der jetzt schon spürbare öffentliche Druck wird gerade auf die Politiker noch steigen, die den Klimanotstand anerkannt haben. Wer zuvor den Klimanotstand befürwortet hat tappt in eine Glaubwürdigkeitsfalle, wenn er im Ernstfall doch mal anders entscheidet.

Wenn dem Klimaschutz unbedingter Vorrang eingeräumt wird, droht die Akzeptanz dafür zu schwinden. Denn die momentane Begeisterung in Teilen der Bevölkerung ist erfahrungsgemäß schnell verschwunden, sobald die Bürgerinnen und Bürger selbst von den Folgen betroffen sind.

Außerdem können Politik und Verwaltung in ihrem Handeln gelähmt werden, wenn jede Entscheidung auf ihre Klima-Wirkung hin untersucht werden muss. Denn oft liegen die Dinge nicht so einfach, wie sie vielleicht auf den ersten Blick erscheinen. So kann z. B. schon die Sperrung einzelner Straßen für den Autoverkehr zu mehr Verkehrsbelastungen führen, weil Umwege gefahren werden usw.

Deshalb noch einmal aus Sicht der FDP-Fraktion:

Der Ausruf des Klimanotstandes für den Kreis Unna ist die falsche Handlungsoption.

Wir möchten stattdessen mit unserem gemeinsamen Antrag mit der CDU erreichen, dass sämtliche Klimamaßnahmen eine enge Verzahnung mit der wirkungsorientierten Steuerung erhalten. Wir sind bereit, die Klimaziele gegebenenfalls in der Strukturkommission neu zu bewerten.

Wir müssen aber auch klären, welche Auswirkungen mögliche Klima-Maßnahmen sowohl auf die CO₂-Bilanz des Kreises aber auch für das Erreichen weiterer Ziele, ja auch für die wirtschaftliche und damit für die soziale Entwicklung des Kreises Unna haben werden.

Deshalb appelliere ich an die SPD:

Bleiben Sie sachlich in der Klima-Diskussion. Lassen Sie sich nicht vor den Karren des Klimahypes spannen.

Machen Sie es wie die Genossen in der Nachbarstadt Werl: Ziehen Sie ihren populistischen Antrag zurück und verzichten Sie auf die falsche Verbreitung des Notstandsbegriffs.